

Deutsche Vereinigung für politische Bildung

Politische Bildung als Unterrichtsfach

1. Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach an allen Schulformen einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?

Politische Bildung ist eine Kernaufgabe von Schule, die schulkulturell, schulorganisatorisch und curricular umfassend verankert sein muss. Die politische Bildung mit ihrem Kernfach Politik und Wirtschaft sollte in allen Bildungsgängen und Schulformen gestärkt werden.

Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen verändern auch Inhalt der und Anspruch an die politische Bildung. Wir Freie Demokraten wollen die Kerncurricula daher regelmäßig überarbeiten, um aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen Rechnung tragen zu können. So erwerben junge Menschen die notwendigen Kompetenzen, um politische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse reflektieren und bearbeiten zu können.

Die Aufwertung des Fachs Politik und Wirtschaft durch die Ausweitung der Belegverpflichtung im Kontext der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes haben wir begrüßt. Um der politischen und der ökonomischen Bildung in der Schule gleichermaßen gerecht zu werden, wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schulen das Fach Politik und Wirtschaft auf zwei Fächer aufteilen können.

Darüber hinaus sollten auch außerschulische Bildungsangebote ausgebaut und Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren intensiviert werden.

2. Wie wollen Sie die Unterrichtsversorgung mit fachlich ausgebildeten Lehrkräften sicherstellen?

Politische Bildung braucht gut ausgebildete Lehrkräfte.

Der Lehrkräftemangel wird die größte Herausforderung der nächsten Jahre sein. Um diesen adäquat bekämpfen zu können, benötigen wir eine laufend aktualisierte Lehrkräftebedarfsplanung, auf deren Grundlage die Anzahl der Studienplätze an den Hochschulen angepasst wird. Zudem braucht es eine detaillierte Aufarbeitung der Gründe für Studienabbrüche und Studienwechsel. So können geeignete Maßnahmen entwickelt werden, damit mehr Studierende das Studium abschließen und in den Schulen ankommen.

Darüber hinaus wollen wir die Lehramtsstudiengänge insgesamt attraktiver und moderner machen. Hierzu gehört auch eine Regelstudienzeit von zumindest neun Semestern für alle Lehramtsstudierenden.

Mit Blick auf die zahlreichen Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger braucht es flexible Angebote für die Nachqualifizierung. Die Angebote müssen für Menschen in verschiedenen Lebenslagen attraktiv sein. Dazu gehört der Ausbau berufsbegleitender Programme und eine angemessene Vergütung während der Nachqualifizierung. Zudem sollten Zugänge zu Quereinsteigerprogrammen diversifiziert und flexibilisiert und die Anerkennung der Qualifikationen ausländischer Lehrkräfte vereinfacht und beschleunigt werden.

Mit einem/einer Fortbildungsbeauftragte/n an jeder Schule sowie einer Erhöhung des Fortbildungsbudgets, um auch private Angebote angemessen miteinbeziehen zu können, wollen wir Fortbildungsmöglichkeiten stärken. Auch um die Bereitschaft der Lehrkräfte, an Fortbildungen teilzunehmen, weiter zu steigern, sollen Leistungsanreize im Dienstrecht geschaffen bzw. genutzt werden.

All diese Maßnahmen verbessern die Unterrichtsversorgung mit fachlich ausgebildeten Lehrkräften auch im Bereich der politischen Bildung.

3. Planen Sie Schritte, um die universitäre Lehrkräftebildung für das Fach Politik und Wirtschaft wie auch für das Fach Sachunterricht mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zu stärken?

Wir Freie Demokraten wollen prüfen, wie die politische Bildung in der universitären Phase aller Lehrkräfte stärker verankert werden kann.

Zudem sollte die interdisziplinäre wie auch phasenübergreifende Kooperation ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere auch für das Fach Sachunterricht. So können die verschiedenen Schwerpunkte des Fachs angemessen abgedeckt werden.

Die Einführung der zentralen Abschlussprüfungen halten wir mit Blick auf die Weiterentwicklung der Ausbildung im Bereich Lehramt für nicht zielführend. Die Freiheit von Forschung und Lehre wird dadurch unangemessen eingeschränkt.

4. Planen Sie hierzu die Angleichung der Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an die Studiendauer für das gymnasiale Lehramt?

5. Planen Sie Schritte, um die zweiten Phase der Lehrkräftebildung (Referendariat) für das Fach Politik und Wirtschaft zu stärken? Falls ja, welche?

Die Fragen 4. und 5. werden von uns gemeinsam beantwortet.

Wir Freie Demokraten haben schon im Kontext der Novelle des Lehrkräftebildungsgesetzes gefordert, die Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen anzugleichen. Zusätzliche Aufgaben wie die, an sich begrüßenswerte, Verankerung weiterer Querschnittsthemen sowie eines Langfachs für das Grundschullehramt erfordern auch mehr Zeit im Studium. Die Regelstudienzeit sollte daher angeglichen und insgesamt auf zumindest neun Semester erhöht werden. Dies ermöglicht den Studierenden für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen zudem eine Promotion. So wird die Qualität der Forschung gestärkt und der wissenschaftliche Nachwuchs gesichert.

Analog der universitären Phase wollen wir auch in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung prüfen, wie die politische Bildung weiter gestärkt kann. Darüber hinaus sollten Fortbildungsangebote in diesem Bereich ausgebaut werden.

Demokratiebildung als schulische Querschnittsaufgabe

6. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe in der ersten Phase der Lehrkräftebildung stärken? Soll es dazu einen verpflichtenden „bildungswissenschaftlichen Studienanteil“ geben?

7. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als Aufgabe aller Lehrkräfte systematisch in die zweite Ausbildungsphase integrieren?

Die Fragen 6. und 7. werden von uns gemeinsam beantwortet.

Engagierte Demokratinnen und Demokraten sind die Grundlage jeder Demokratie. Demokratiebildung ist daher unersetzlich für unser demokratisches System.

In der Schule ist Demokratiebildung eine fächerübergreifende Aufgabe. Eine Stärkung der Demokratiebildung in der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung halten wir mit Blick auf alle Lehrkräfte für notwendig und werden daher prüfen, wie dies umgesetzt werden kann.

8. Wie gedenken Sie, Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe an Schulen – beispielsweise über die Qualifizierung der Schulleitungen oder über eine Schaffung von Kapazitäten in den Stundentafeln der Lehrkräfte – zu stärken?

Unsere Schulen sollen Orte sein, an denen Demokratie erfahren, erlernt und gelebt wird. Fächerübergreifende Aufgaben wie die Demokratiebildung binden jedoch Zeit und Kapazitäten.

Diese wollen wir schaffen, indem wir Schulleitungen und Lehrkräfte von anderen Aufgaben entlasten.

Eine moderne Bildungspolitik kann es nicht verantworten, dass wertvolle Zeit, die für die Bildung eingesetzt werden kann, für Bürokratie verschwendet wird. Unser Ziel ist daher eine Entlastung durch Entbürokratisierung, insbesondere durch Straffung und Abschaffung von Berichtspflichten und die Prüfung von Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften. Klare Kriterien und Zielsetzungen müssen die pädagogische und fachliche Notwendigkeit belegen. Parallelstrukturen zwischen Kultusministerium, staatlichen Schulämtern und Schulen sind abzuschaffen. Auch durch zentrale Angebote, z.B. durch die Bereitstellung von Vertragsmustern oder durch zentrale Angebote, können an Schulen tätige Personen entlastet werden. Prozesse sollten nach Möglichkeit digitalisiert und vereinfacht werden.

Darüber hinaus wollen wir die Qualifizierungsmöglichkeiten für Schulleitungen und an Schulleitung interessierten Lehrkräften weiterentwickeln.

9. Demokratiebildung ist nur dann möglich, wenn dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird. Planen Sie, die Stundentafeln künftig so zu gestalten, dass Klassenratssitzungen abgehalten, andere Formen der Mitbestimmung ausgeübt und mehr Kooperationen mit außerschulischen Institutionen durchgeführt werden können?

Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken die politische Bildung und die Demokratiebildung. Wir wollen daher Informationen zu den Beteiligungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen verpflichtend im Unterricht verankern. Darüber hinaus wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern regelmäßig kritisch überprüfen und, wo möglich, weiter stärken. Die Landesschüler*innenvertretung Hessen muss auskömmlich finanziert sein. Die Bedarfe sollten mit den Landesschulsprecherinnen und Landesschulsprechern regelmäßig erörtert werden.

Auch Klassenratssitzungen können ein sinnvolles Instrument für die Stärkung von Demokratiebildung sein. Eine Ausweitung der Stundentafel werden wir prüfen.

Darüber hinaus sollen junge Menschen auch außerschulisch, durch Engagement in ihrem Umfeld, ihrer Stadt oder Gemeinde, einen Beitrag für die Gesellschaft leisten können. Hierzu wollen wir bestehende Landesprogramme ausweiten und mit Abrufangeboten und Fortbildungsoffensiven bedarfsgerecht unterstützen.

Demokratiefördergesetz und außerschulische politische Bildung

10. Wie planen Sie Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Hessen leisten?

Im Bereich der politischen Bildung sind außerschulische Bildungsstätten, Vereine und Initiativen von besonderer Bedeutung. Um die Zusammenarbeit zu verbessern, wollen wir das Bildungscampus-Programm stärken.

Im Bereich der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens wollen wir die Landesmittel für die Weiterbildungseinrichtungen bedarfsgerecht erhöhen, denn ihr Angebot ist für die politische Bildung unverzichtbar. Auch die Fördersystematik sollte überprüft und überarbeitet werden. Darüber hinaus sollten Maßnahmen für Sicherung und Ausbau von Weiterbildungsangeboten gerade im ländlichen Raum ergriffen werden. Eine Strukturförderpauschale wollen wir hierfür prüfen.

Netzwerkstrukturen in der politischen Bildung sollten gestärkt und erweitert werden. Wichtige Orte der historisch-politischen Bildung sind auch die Gedenkstätten in Hessen. Wir setzen uns unter anderem dafür ein, dass alle Jugendlichen in ihrer Schullaufbahn zumindest einmal eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht haben. Darüber hinaus wollen wir ein sinnvolles Gesamtkonzept für die Gedenkstätten erarbeiten, das die kleinen, mittleren wie auch großen Gedenkstätten berücksichtigt.

11. Bei den Förderprogrammen gibt es eine deutliche Überbewertung und Steigerung öffentlicher Mittel zugunsten von extremismuspräventiven Maßnahmen. Dagegen stagnieren die Mittel für die allgemeine Politische Bildung seit Jahren. Sehen Sie hier Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf ein mögliches Hessisches Demokratiefördergesetz?

Wir Freie Demokraten halten Extremismusprävention für eine wichtige politische wie gesellschaftliche Aufgabe. Vor dem Hintergrund des Mordes an Heinz Herbert Karry, des Mordes an Dr. Walter Lübcke und dem Attentat in Hanau sollte die Extremismusbekämpfung und hier insbesondere die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen nicht vernachlässigt werden. Wir Freie Demokraten fordern eine Enquete-Kommission zur Demokratiestärkung und Extremismusbekämpfung.

Zugleich ist Extremismusprävention nur ein Teil politischer Bildungsarbeit. Wir wollen politische Bildung umfassend fördern und werden die Verteilung der Mittel überprüfen und bedarfsgerecht erhöhen.

Ein Hessisches Demokratiefördergesetz kann aus unserer Sicht ein sinnvolles Mittel sein, um auch eine gesetzliche Grundlage für die politische Bildung in Hessen zu schaffen. Dabei muss jedoch sichergestellt sein, dass nur Initiativen Geld erhalten, die unzweifelhaft auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.

12. Welche Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?

Die Landeszentrale für politische Bildung leistet eine unverzichtbare Arbeit im Bereich der politischen Bildung. Gerade deswegen wollen wir über die Weiterentwicklung der Landeszentrale neu nachdenken. Wir verstehen eine Weiterentwicklung als Chance für die gesamte Landeszentrale, als kontinuierliche Aufgabe, als gemeinsame Verantwortung und als Grundlage, um auch in Zukunft den volatilen und komplexen Herausforderungen unserer Welt gewachsen zu sein.

Ein besonderer Schwerpunkt politischer Bildungsarbeit sollte in den nächsten Jahren insbesondere auf digitalen Vermittlungsformaten liegen, die wir verstärkt fördern wollen.